

Alina Cara Beyer

UNSICHER IN DER EIGENEN STADT

WARUM POLITIK
UND GESELLSCHAFT
VERSAGEN
UND WIR HANDELN
MÜSSEN



Alina Cara Beyer

**UNSICHER IN
DER EIGENEN
STADT**

Warum Politik und Gesellschaft
versagen und wir handeln müssen

IMPRESSUM

eBook: © 2026 GRÄFE UND UNZER VERLAG GmbH,
Grillparzerstraße 8, 81675 München

GU ist eine eingetragene Marke der GRÄFE UND UNZER
VERLAG GmbH

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise,
sowie Verbreitung nur mit schriftlicher Genehmigung des
Verlages. Die automatisierte Analyse des Werkes, um
daraus Informationen insbesondere über Muster, Trends und
Korrelationen gemäß § 44b UrhG (»Text und Data Mining«)
zu gewinnen, ist untersagt.

www.gu.de/kontakt | hallo@gu.de

ISBN: 978-3-7589-0564-3

1. Auflage 2026

DIE BÜCHERMENSCHEN HINTER DEM PROJEKT

Projektleitung: Ariane Hug

Lektorat: Dr. Arnold Klaffenböck

Covergestaltung: Anzinger und Rasp, München

eBook-Herstellung: GGP Media GmbH, Pößneck

Unser E-Book enthält Links zu externen Webseiten Dritter,
auf deren Inhalte wir keinen Einfluss haben. Deshalb können
wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr
übernehmen.

Für die Inhalte der verlinkten Seiten ist stets der jeweilige
Anbieter oder Betreiber der Seiten verantwortlich. Im Laufe
der Zeit können die Adressen vereinzelt ungültig werden
und/oder deren Inhalte sich ändern.

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

wie wunderbar, dass Sie sich für ein Buch von GU entschieden haben! In unserem Verlag dreht sich alles darum, mit gutem Rat Ihr Leben schöner, erfüllter und einfacher zu machen. Unsere Autorinnen und Autoren sind echte Expertinnen und Experten auf ihren Gebieten, die ihr Wissen mit viel Leidenschaft mit Ihnen teilen. Und unsere erfahrenen Redakteurinnen und Redakteure stecken viel Liebe und Sorgfalt in jedes Buch, um Ihnen ein Leseerlebnis zu bieten, das wirklich besonders ist. Qualität steht bei uns schon seit jeher an erster Stelle – jedes Buch ist von Büchermenschen für Buchbegeisterte gemacht, mit dem Ziel, Ihr neues Lieblingsbuch zu werden.

Ihre Meinung ist uns wichtig, und wir freuen uns sehr über Ihr Feedback und Ihre Empfehlungen – sei es im Freundeskreis oder online.

Viel Spaß beim Lesen und Entdecken!

PS: Hier noch mehr GU-Bücher entdecken: www.gu.de

WICHTIGER HINWEIS

Die Gedanken, Methoden und Anregungen in diesem Buch stellen die Meinung bzw. Erfahrung der Verfasserin dar. Sie wurden von der Autorin nach bestem Wissen erstellt und mit größtmöglicher Sorgfalt geprüft. Jede Leserin, jeder Leser ist für das eigene Tun und Lassen auch weiterhin selbst verantwortlich. Weder Autorin noch Verlag können für eventuelle Nachteile oder Schäden, die aus den im Buch gegebenen praktischen Hinweisen resultieren, eine Haftung übernehmen.

Vorwort

Es ist kurz nach zwei Uhr in einer regnerischen Augustnacht in Berlin. Das Licht der Laternen spiegelt sich auf dem nassen Asphalt. Ich will nach Hause – 20 Minuten zu Fuß, keine große Strecke. Es ist warm, der Regen mild. Ein Taxi wäre vernünftig, klar. Aber Vernunft kostet 18 Euro plus Trinkgeld. Die U-Bahn kommt nicht infrage. Ich hätte mir etwas zum Überziehen mitnehmen müssen, keine Lust, als Projektionsfläche herzuhalten, taxiert oder gar angegrapscht zu werden. Die Feministin in mir will trotzig trotzdem einsteigen, gerade deshalb. Wir leben ja schließlich in einem freien Land. Aber was, wenn mir jemand folgt, wenn ich aussteige? Das Risiko ist es nicht wert. Also gehe ich zu Fuß. Nach etwa 15 Minuten erreiche ich eine Kreuzung. Die Ampel für Fußgänger steht auf Rot – zwei Abbiegungen noch, dann bin ich zu Hause.

Neben mir hält ein schwarzer SUV. Die Scheiben sind abgedunkelt, der Motor läuft. Wenn meine Ampel Rot zeigt, müsste seine längst grün sein. Doch der Wagen bleibt stehen. Mein Herz schlägt schneller. Bilde ich mir das nur ein? Warum fährt er nicht weiter? Ich drehe mich ein Stück zur Seite, so als würde ich nur die Schulter lockern, während mir die Unruhe langsam den Nacken hinaufkriecht. Unauffällig taste ich die Umgebung mit Blicken ab, suche nach möglichen Auswegen, ohne zu zeigen, wie sehr ich schon rechne und plane. Hinter mir ist es genauso leer wie vor mir. Zurückzugehen würde bedeuten, mich weiter von meinem Zuhause zu entfernen – und genau das will ich nicht. Ich versuche, ruhig zu bleiben. Wahrscheinlich, sage

ich mir, wissen die Insassen einfach nicht, wohin sie fahren sollen. Vielleicht suchen sie nur eine Adresse, vielleicht stimmt das Navi nicht. Ich will mich nicht hineinsteigern. Doch als meine Ampel auf Grün springt und ich losgehe, setzt sich der SUV langsam in Bewegung. Genau in meinem Tempo. Mein Herz schlägt schneller. Ich beschleunige, das Auto auch. Schließlich renne ich los, flüchte hinter eine Baustellenabspernung. Der Wagen wendet, fährt auf meine Seite und hält an. Ein Fenster geht runter, Männerstimmen, gebrochenes Deutsch, Lachen: »Komm her. Was machst du hier?« Wohl doch kein Zufall. Mein Herz hämmert, meine Hände zittern. Was, wenn sie aussteigen? Mich ins Auto ziehen? Wer hilft mir nachts um zwei? Bin ich selbst schuld, weil ich so spät noch draußen bin? Moment mal – ist das nicht ein freies Land?

Ich greife nach meinem Handy, wähle den Notruf. Am anderen Ende der Leitung meldet sich eine müde Stimme. Ob ich mir sicher sei, dass das Auto nicht einfach zufällig angehalten habe. »Die rufen nach mir!«, sage ich schrill. Der Polizist fragt nach dem Kennzeichen. Doch die Straßenbeleuchtung ist nicht hell genug, dass ich es erkennen könnte. Ich gerate in Panik, rufe den Gestalten im SUV zu, ich hätte das Kennzeichen durchgegeben, die Polizei wäre unterwegs. Der Motor heult auf, der Wagen setzt ruckartig zurück und rast davon. Mit dem Handy und dem genervten Polizisten am Ohr renne ich nach Hause. Meine Hände zittern, als ich die Haustür aufschließe und hinter mir ins Schloss fallen lasse. Im Fahrstuhl, kurz bevor ich meine Wohnung erreiche, sehe ich mein Spiegelbild: kreidebleich, die Augen weit aufgerissen. Das war der Augenblick, in dem ich beschlossen habe, meine Abende anders zu planen. Ob ich ausgehe oder lieber zu Hause bleibe, hängt seitdem davon ab, ob mir der Abend das Geld für die Taxifahrt wert ist.

Meine Erfahrung ist kein Einzelfall, sondern Alltag in Deutschland – vor allem für Frauen. Freundinnen erzählen von Umwegen, die sie gehen, von Parks, die sie meiden, und von U-Bahnen, in die sie nachts nicht mehr einsteigen. Männer berichten, dass sie ihre Partnerinnen abholen, ihre Kinder lieber selbst zur Schule fahren, statt sie allein in den Bus zu setzen, und sich von der Bahnhofsgegend fernhalten, weil sie nicht in Konflikte mit jugendlichen Männergruppen geraten wollen. An all das haben wir uns irgendwie gewöhnt. Müll auf den Straßen, kaputte Laternen, verwahrloste Plätze, Drogensüchtige auf dem Gehweg, Gestank nach Urin. Man nimmt es hin und sagt sich: Das ist eben so. Das ist halt Großstadt. Aber wer in Deutschland lebt und arbeitet, zahlt hohe Steuern und Abgaben – nicht nur für Straßen, Schulen und Sozialsysteme, sondern auch für Sicherheit. Im Gegenzug sollte es selbstverständlich sein, dass sich jeder frei bewegen kann, ohne sich auch nur in der hintersten Ecke unwohl oder bedroht zu fühlen. Während ich mich in Tokio, einer Stadt mit über 14 Millionen Bewohnern, in der ich einige Zeit lebte, selbst nachts nie unsicher fühlte, reicht in Berlin trotz nicht mal vier Millionen Einwohnern inzwischen schon der kurze Weg zum Späti nach 18 Uhr. Mein Schlüssel klemmt zwischen den Fingern, irgendwo habe ich gelesen, man solle besser keinen Zopf tragen, weil man daran leichter festgehalten werden könne. Also eben Haare auf. Schneller Schritt, Kopfhörer in den Ohren. Wenn mir jemand entgegenkommt, tue ich laut so, als würde ich telefonieren. Sage Sätze wie: »Ja, okay, bin gleich zu Hause«. Beim Gehen immer wieder umdrehen, prüfen, ob mir jemand folgt. Das sind die Routinen, die ich mir in Deutschland zugelegt habe, um mich zu schützen. Schade, dass das in der Politik kaum jemanden wirklich zu interessieren scheint. Stattdessen lesen sich unsere Sicherheitsmaßnahmen wie Satire: Wir diskutieren ernsthaft

darüber, ob Männer, die länger als drei Monate aus Deutschland verschwinden, sich vorher bei der Bundeswehr abmelden müssen, schrauben Sitzbänke ab, damit sich dort keine »Problemklientel« niederlässt, und bitten den syrischen Präsidenten, seine Landsleute zur Rückkehr zu überreden. Ich schreibe dieses Buch zwar als Journalistin, aber zugleich aus der Perspektive einer Betroffenen. Denn sinkende Lebensqualität und allgegenwärtige Unsicherheit schränken mein Leben zunehmend ein.

Als das Manuskript fast fertig war, reichten Bundeskanzler Friedrich Merz Mitte Oktober 2025 ein paar Sätze – und plötzlich war sie da: eine Grundsatzdebatte über Sicherheit im öffentlichen Raum. Ich dachte kurz: Vielleicht passiert jetzt wirklich etwas. Endlich hat die Politik das Thema auf dem Schirm. Dann habe ich mir die Pressekonferenz angesehen. Merz sagte sinngemäß, »bei der Migration« sei man schon »sehr weit«. Nur »im Stadtbild«, da gebe es »natürlich immer (...) noch dieses Problem«. Und deshalb müsse der Innenminister nun »in sehr großem Umfang auch Rückführungen (...) ermöglichen und durchführen«.¹ Das ist bemerkenswert. Da wird kein konkretes Problem benannt, keine Gruppe, kein Sachverhalt. Stattdessen entsteht ein Bild: ein diffuses »Problem« im öffentlichen Raum. Und die Vorstellung, man könne das Straßenbild ordnen, vielleicht sogar reparieren, indem man Migranten zurückführt.

Zählt man die relevanten Zahlen zusammen, wird ziemlich schnell klar, wie groß diese Herausforderung tatsächlich ist. Asylverfahren, Familiennachzug, Arbeitsmigration, dazu unregelmäßige Zuwanderung – Jahr für Jahr wächst Deutschlands Bevölkerung um die Größenordnung einer mittelgroßen Stadt wie Gütersloh. Teilweise sogar darüber hinaus. Diese Menschen treffen auf einen Staat, der vielerorts längst überfordert ist. Schulen und Kitas platzen aus allen Nähten, auf dem Wohnungsmarkt herrscht

Mangelverwaltung, soziale Dienste arbeiten am Limit, Polizei und Justiz kommen kaum hinterher. In dieser Lage zu sagen, man sei »bei der Migration« schon »sehr weit«, ist keine Analyse, sondern Beruhigungsrhetorik. Im Jahr 2025 wurden circa 22.000 Menschen abgeschoben.² Das klingt nach Tatkraft. Rechnet man nach, bleibt davon wenig übrig. Rund 220.000 ausreisepflichtige Personen leben weiterhin in Deutschland. Selbst wenn man das Tempo deutlich erhöht, bleibt die Lücke gewaltig.

Und dann ist da noch ein weiterer Punkt, der in der Debatte oft untergeht: Ein beträchtlicher Teil der Menschen, die im öffentlichen Raum besonders auffallen, gehört rechtlich gar nicht zu der Gruppe, die man abschieben könnte – selbst wenn man wollte. Geduldete. Geflüchtete mit Aufenthaltstitel. Eingebürgerte oder Menschen mit doppelter Staatsangehörigkeit. Obdachlose und Drogenabhängige.

»Probleme im Stadtbild« ist unscharf. Merz benennt nichts Konkretes – keine Kriminalitätsschwerpunkte, keine Gewalt, keine Belästigung, keinen Drogenhandel. Er bleibt bewusst vage. Gemeint sind offenkundig bestimmte sichtbare Bevölkerungsgruppen, meist junge Männer mit migrantischem Erscheinungsbild. Maximale Andeutung bei minimaler Festlegung. Und er sorgt dafür, dass nicht nur Straftäter in den Blick geraten, sondern gleich alle mit Migrationsgeschichte: Bauarbeiter, Reinigungskräfte, Taxifahrer, Pflegekräfte oder Ärzte – Menschen also, die diese Städte seit Jahren am Laufen halten. Sie stellen sich die Frage, ob künftig Berufskleidung, Firmenlogo oder Statussymbol nötig ist, um zu signalisieren, dass man nicht zu den unausgesprochenen »Problemfällen« gehört.

Die Rhetorik erzeugt dabei eine doppelte Erwartung. Erstens die Hoffnung, dass im öffentlichen Raum bald wieder Ordnung herrscht – sichtbar, spürbar, genau dort, wo

Verunsicherung erlebt wird: in Innenstädten, an Bahnhöfen, in Parks. Zweitens die Annahme, diese Ordnung lasse sich vor allem durch Abschiebungen herstellen. Der perfekte Nährboden für die nächste große politische Enttäuschung. Wir brauchen Polizei, funktionierende Justiz, Prävention, Infrastruktur. Abschiebungen hingegen wirken – wenn überhaupt – zeitverzögert, punktuell. Dass Städte heute verwahrlost und unsicher wirken, ist nicht vom Himmel gefallen und liegt auch nicht nur an Migration. Das ist das Ergebnis politischer Entscheidungen – oder genauer: politischer Unterlassung. Vieles von dem, was das Sicherheitsgefühl im Alltag untergräbt, ließe sich mit vergleichsweise einfachen Mitteln beheben. Die Lösungen sind seit Jahrzehnten bekannt. Sie werden nur nicht umgesetzt. Bahnhöfe sauber, geordnet und sicher zu halten, ist keine große Kunst. Andere Staaten bekommen das hin. In Deutschland hingegen, einem der größten Industrieländer der Welt, sind Bahnhöfe zum Sinnbild von Stillstand und Verfall geworden. Dass immer mehr psychisch auffällige oder drogenabhängige Menschen Passanten anpöbeln, aggressiv werden oder randalieren, ist Ausdruck politischer Bequemlichkeit. Ist es nicht geradezu paradox, dass die Bundesrepublik zu den Ländern mit der höchsten Zahl wohnungs- und obdachloser Menschen in Europa zählt, obwohl ein Großteil des Bundeshaushalts in das Sozialsystem fließt? Milliarden an Sondervermögen stehen bereit, doch statt sie in Ordnung, Sauberkeit und funktionierende Infrastruktur zu investieren, werden sie für politische Beruhigungspillen verfeuert. Teuer, wirkungslos und kurzlebig.

Nach unzähligen Nachfragen, was er denn konkret mit den »Problemen im Stadtbild« meine, reagierte Friedrich Merz patzig: Man solle doch einmal die eigenen Töchter fragen. Gut. Dann nehme ich mir jetzt einfach mal die Freiheit,

darauf zu antworten. Als Tochter. Ich kann gern erzählen, was mir im Alltag begegnet. Aber bevor das als persönliche Befindlichkeit abgetan wird, machen wir es gleich richtig. Machen wir eine Bestandsaufnahme – nicht nur davon, was schief läuft, sondern auch davon, was sich dagegen tun lässt. Das Problem ist nur: Man müsste es auch wirklich anpacken wollen.

Städte werden gefährlicher: die Zahlen dahinter

In einer Berliner Umfrage durfte die Bevölkerung wählen, was sie am meisten stört: Drogenbesteck, Müll oder gar Menschenkot?³ Dass die Stadt dreckig ist, bestreitet inzwischen nicht einmal mehr die Verwaltung. Nur woran man sich zuerst stört, das durfte man ankreuzen. Das sagt alles über das Mindset dieser Stadt – und, wenn man ehrlich ist, auch über das Land. Denn wenn die Hauptstadt in Drogenresten, Abfall und Fäkalien ertrinkt, ist das kein lokales Problem, sondern ein sichtbares Zeichen des Kontrollverlusts. Eine Nation, die ihr Schaufenster so verkommen lässt, hat ihren Anspruch auf Ordnung längst aufgegeben.

Was folgt, ist nur die logische Konsequenz: Es ist nicht nur schmutziger geworden, sondern auch gefährlicher. Das Sicherheitsgefühl der Deutschen hat einen Tiefpunkt erreicht. Quer durch alle Umfragen zeigt sich dasselbe Muster: Ein diffuses Gefühl der Unsicherheit hat sich ausgebreitet. Laut Allensbach sorgen sich so viele Menschen wie nie zuvor, Opfer einer Gewalttat zu werden.⁴ Außerdem gaben 41 Prozent der Befragten an, ihre Nachbarschaft sei in den vergangenen fünf Jahren unsicherer geworden. Infratest dimap bestätigt: Jeder Zweite fühlt sich in Deutschland nicht mehr sicher. 2017 waren es noch drei von vier Deutschen, die sich sicher gefühlt haben.⁵ Dabei ist Sicherheit keine Frage des Komforts, sondern ein Grundrecht. Artikel 1, Absatz 1 des Grundgesetzes lautet: »Die Würde des Menschen ist unantastbar.« Dieser Satz

verpflichtet den Staat, Bedingungen zu schaffen, unter denen Menschen in Würde leben können. Das muss man sich einmal vor Augen führen: In einem der reichsten Länder der Welt haben 40 Millionen Menschen das Vertrauen verloren, dass der Staat sie schützt. Die grundlegendste Leistung, die ein Staat seinen Bürgern schuldet. Der Vater einer meiner engsten Freundinnen hat seiner Tochter neulich ein Butterflymesser geschenkt – für den Fall, dass ihr etwas passiert und sie sich verteidigen muss. Immer mehr Menschen reagieren mit Selbstbewaffnung. »Ende 2024 gab es in Deutschland rund 872.000 gültige Kleine Waffenscheine. Damit erreichte ihre Zahl einen erneuten Höchststand, nachdem sie schon in den Vorjahren kontinuierlich gestiegen war.«⁶ Insgesamt stiegen die waffenrechtlichen Erlaubnisse (Waffenbesitzkarten, Waffenscheine, Kleine Waffenscheine usw.) Ende 2024 auf etwa drei Millionen – ebenfalls ein neuer Höchststand.⁷ Um sich vor Kriminalität zu schützen, führten bereits 2020 »1,5 Prozent der Bevölkerung ab 16 Jahren (...) häufig oder sehr oft ein Messer und 3,8 Prozent Reizgas« mit sich.⁸ Wer den Staat nicht mehr als Schutzgaranten erlebt, zweifelt zuerst an seiner Kompetenz und irgendwann an seiner Legitimität. 2025 vertrauten nur noch 33 Prozent der Deutschen grundsätzlich dem Staat⁹, 73 Prozent hielten ihn für überfordert. Im Osten lag das Vertrauen sogar bei nur 17 Prozent.¹⁰

*Wer dem Staat nicht mehr zutraut, ihn zu schützen,
beginnt nicht nur an ihm, sondern am Fundament
unserer Demokratie zu zweifeln.*

Die Art und Weise, wie viele deutsche Städte heute aussehen, ist bedrückend. Verwaiste Plätze, herumlungende Menschen, das wachsende

Unsicherheitsgefühl – all das sollte Kanzlersache sein, ganz oben auf der Prioritätenliste. Doch statt sich um Straßen, Bahnhöfe und innere Sicherheit zu kümmern, widmet sich Friedrich Merz lieber der großen Weltpolitik: Ukraine, Gaza, Trump. Große Schlagzeilen, große Gesten. Der Bundeskanzler gibt den globalen Staatsmann, reist, verhandelt, posiert – und wirkt dabei, als hätte er längst vergessen, wem er eigentlich verpflichtet ist. Dieses Klein-Klein, darum sollen sich andere kümmern. Klar, Aufräumen und Durchgreifen vor Ort ist primär Länder- und Kommunalaufgabe, aber der Kanzler setzt die Prioritäten und Rahmenbedingungen. Im Stadtbild liegt eine riesige Chance, von der der Kanzler politisch profitieren könnte. Wenn Politik sichtbar in den öffentlichen Raum investiert, also in Sicherheit, Ordnung und eine halbwegs schöne Umgebung, sind die Leute messbar zufriedener. Wo der Staat sich blicken lässt, Straßen repariert, Parks in Schuss hält und für Sicherheit sorgt, wächst vielen Studien zufolge das Vertrauen in Polizei und andere staatliche Stellen.¹¹ Mehr Lebensqualität zieht Fachkräfte an, die sich längst aussuchen können, wo sie leben und arbeiten wollen. Und auch Touristen bleiben lieber da, wo es nett ist und sie sich beim Abendspaziergang wohlfühlen. Sichere und saubere Städte sind kein Nice-to-have, sondern ein knallharter Standortfaktor. Und politisch rechnet sich das auch: Wer sieht, dass es vor der eigenen Haustür endlich besser wird, ist eher bereit, sein Kreuz wieder bei den Verantwortlichen zu machen. Sicherheit und ein gutes Gefühl auf dem eigenen Bürgersteig sind für alle wichtig – egal, wo jemand herkommt, was er verdient oder welche Religion er hat. Nur Spitzenpolitiker, die im Alltag lediglich zwischen Bundestag, Terminen und Talkshow in gepanzerten Limousinen unterwegs sind, kriegen von der Verwahrlosung im

öffentlichen Raum fast nichts mit. Vielleicht liegt genau darin das Problem.

Auch wenn alle von besseren Verhältnissen in Stadt und Viertel etwas hätten, treffen die Folgen von Unsicherheit längst nicht alle gleich. Wer Geld hat, steigt ins Taxi statt in die U-Bahn, geht ins Fitnessstudio statt auf den Bolzplatz, fährt am Wochenende ins Grüne statt in den runtergerockten Stadtpark – und schickt die Kinder auf die Privatschule statt in die Problemschule nebenan. So driftet die Lebensrealität von reichen und armen Gegenden immer weiter auseinander. Wer es sich leisten kann, zieht irgendwann ganz weg: erst aus dem Kiez, der kippt, dann aus der Stadt, im Zweifel sogar aus dem Land. Es ist kein Zufall, dass zunehmend gut Ausgebildete Deutschland den Rücken kehren.¹² Wer richtig Geld hat, wohnt so, dass ihn der Absturz mancher Viertel gar nicht erreicht. In den Alstervillen am Harvestehuder Weg oder an der Elbchaussee, mit Tiefgarage, Portier und Videoüberwachung, hält man sich Probleme bequem vom Leib – und erklärt sie später gern zur Hysterie der anderen. Chefredakteure der entsprechenden Blätter und Politiker, die ins selbe Horn blasen, residieren nicht selten genau dort: weit weg von Bahnhofsvierteln und Brennpunkten. Von der Veranda aus, Kännchen in der Hand, wird dann ein zynischer Artikel über »German Angst« geschrieben und erklärt, in den 1990ern sei die Mordrate höher gewesen als heute. Wenn das schon unser Anspruch ist?

Wer sich die guten Viertel nicht leisten kann, lebt oft in Problemgegenden – und dort auch noch beengt. Der öffentliche Raum wird zum Ersatz-Wohnzimmer. Menschen mit Migrationsgeschichte trifft das besonders: Sie sind häufiger arm, zahlen mehr von ihrem Einkommen für Miete und landen überdurchschnittlich oft in engen, belasteten Vierteln. Viele von ihnen sind gerade deshalb nach

Deutschland geflohen, um Schutz zu finden – vor Gewalt, Terror und Willkür in ihren Herkunftsländern. Doch nicht wenige erleben, dass Teile genau dieser Gewalt sie hier wieder einholen. Dass sich jene Konflikte, die sie hinter sich lassen wollten, in deutschen Städten fortsetzen. Und der deutsche Staat stiehlt sich aus der Verantwortung, indem er wegguckt, statt alle seine Bürger – auch jene, die hier Schutz suchen – konsequent zu schützen. Das Beispiel der Exil-Iraner ist hier nur eines von vielen, aber es zeigt das Problem überdeutlich: Da flüchten Menschen vor der Scharia und religiöser Unterdrückung in die Bundesrepublik, nur um hier in ihren eigenen Vierteln von genau den radikalen Gruppen wieder bedroht und eingeschüchtert zu werden, die sie eigentlich hinter sich lassen wollten.

Der Staat lässt das oft einfach laufen, weil er die Freiheit von niemandem einschränken will – doch am Ende schützt er damit nur die Freiheit der Unterdrücker und lässt die Opfer im Stich. Wer zulässt, dass radikale Kräfte den öffentlichen Raum in unseren Städten kontrollieren, betreibt unterlassene Hilfeleistung an all jenen, die hier wirklich in Freiheit leben wollen.¹³

Gleichzeitig erleben nicht wenige Menschen mit Migrationsgeschichte immer häufiger Vorbehalte. Daten zum Thema Rassismus zeigen, dass mehr als die Hälfte der Betroffenen von Alltagsdiskriminierung betroffen ist – etwa durch argwöhnische Blicke, abwertende Bemerkungen oder pauschale Schuldzuweisungen.¹⁴ Wenn der Staat dort, wo Einzelne tatsächlich Regeln brechen oder Gewalt ausüben, nicht konsequent eingreift, hat das Folgen für alle anderen. Fehlendes Durchgreifen führt dazu, dass Probleme nicht einzelnen Tätern zugeschrieben werden, sondern ganzen Gruppen. Viele Migranten, die einfach nur friedlich hier leben, ihre Arbeit machen und ihren Teil beitragen wollen, sitzen damit völlig zwischen den Stühlen: In ihrem Viertel

müssen sie sich mit Unsicherheit, kriminellen Clans oder importierten Konflikten rumschlagen, während ihnen von der restlichen Gesellschaft oft pauschales Misstrauen und Ausgrenzung entgegenschlägt.

Das ist eine Sackgasse: Wir lassen genau jene im Stich, die alles richtig machen, während der Staat vor den Krawallmachern und Radikalen kuschelt. Das kann beim besten Willen nicht das Ziel unserer Gesellschaft sein – wir bestrafen die Fleißigen und Friedlichen für das Chaos, das wir nicht in den Griff kriegen.

Auch zwischen Männern und Frauen bestehen große Unterschiede beim Sicherheitsempfinden. Eine repräsentative Studie von Bundeskriminalamt und Bundesinnenministerium zeigt: Viele Frauen meiden nachts bestimmte Orte. Mehr als die Hälfte geht abends nicht in Parks oder auf Plätze, während es bei Männern nur etwa jeder Dritte ist.¹⁵ Das hängt eng mit realen Gewalterfahrungen zusammen: Mindestens jede vierte Frau hat in Deutschland bereits sexuelle Belästigung im öffentlichen Raum erlebt.¹⁶ Wahrscheinlich deutlich mehr. So genau lässt sich das nämlich leider gar nicht sagen. Diese Zahlen beruhen meist auf Umfragen, nicht nur auf polizeilichen Anzeigen, weil viele Vorfälle nie gemeldet werden. Auf den Staat ist in diesem Bereich kein Verlass, weder präventiv noch bei der Strafverfolgung. Im Gegenteil: Statt Frauen wirklich zu schützen, gibt man ihnen Ratschläge, wie sie am besten nicht auffallen, dann passiert ihnen schon nichts. Die unterschwellige Botschaft dahinter ist klar: Wenn doch etwas passiert, dann ist das DEINE Schuld. Eine völlig irre Verschiebung der Verantwortung. Ein Beispiel? Auf der Website <https://sicherewiesn.de/> – betrieben von Organisationen, die sich für den Schutz vor sexueller Gewalt einsetzen, in Kooperation mit der Stadt München und der Polizei – wurde zur Wiesn eine »Tippliste«

für Frauen veröffentlicht: roter Lippenstift gegen Kussjäger, gepolsterte Radlerhose unterm Dirndl gegen Grapscher, Heimweg planen, Treffpunkte vereinbaren und vorher üben, wie man überzeugend »Nein« sagt.¹⁷ Übersetzt heißt das: Wenn ich alles richtig mache – nicht zu viel trinke, das starke Bier im Maßkrug nicht unterschätze, mich vorsorglich wappne –, dann habe ich vielleicht Glück und bleibe von Belästigung verschont. Vielleicht. Ernsthaft?! Denn offenbar gilt: Verhindern lässt es sich nicht. Für die Wiesn 2025 sprach die Polizei von 72 Sexualdelikten, darunter fünf Vergewaltigungen; 2024 waren es 56 Sexualdelikte mit zwei Vergewaltigungen, 2023 wurden 67 Sexualdelikte mit sechs Vergewaltigungen registriert.¹⁸

Anzügliche Sprüche, Pfeife, dumme Kommentare – das gehört hier so sehr zum Alltag, dass ich oft das Gefühl habe, aus dem öffentlichen Raum rausgedrängt zu werden. Selbst in Saudi-Arabien, wo Frauen erst seit 2018 Auto fahren dürfen, kann ich mich entspannter draußen bewegen, ohne ständig mit offener Belästigung zu rechnen. Dass ich mich dort freier fühle als in einer deutschen Großstadt – das sollte uns wirklich zu denken geben. Deutschland, ein Land, das sich Freiheit und Gleichberechtigung groß auf die Fahnen schreibt, scheitert bereits am Grundlegendsten: daran, Frauen im öffentlichen Raum ein ähnliches Sicherheitsgefühl zu geben wie Männern. Besonders bitter ist, dass ausgerechnet Behörden, die für Schutz sorgen sollen, hilflose Verhaltenstipps verteilen. Ohne den handelnden Personen böse Absicht zu unterstellen, zeigt sich das auch bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen. Auf ihrer Website gibt sie Ratschläge zum »gefahrenbewussten Verhalten« im öffentlichen Raum:¹⁹

»Wie kann ich mich selber schützen?

- Vorausschauendes Verhalten ermöglicht Ihnen, Gefahren zu erkennen und ihnen frühzeitig aus dem Weg zu gehen.
- Treffen Sie selbst auf eine für Sie bedrohlich wirkende Gruppe von Personen (z. B. betrunkene, pöbelnde Personen), dann ist es möglicherweise die bessere Entscheidung, dieser Gruppe auszuweichen und einen längeren Weg in Kauf zu nehmen. Wenn es sich anbietet und Ihnen sicherer erscheint, bewegen Sie sich am Rande der Menschenmenge, um Ihr Ziel zu erreichen. Einer empfundenen Gefahr aus dem Weg zu gehen ist niemals ein Zeichen von Feigheit, sondern zeugt von ›gesundem Menschenverstand‹.
- Wenn Sie unterwegs sind, kann es hilfreich sein, sich zu einer Gruppe zusammen zu schließen und dabei gegenseitig auf sich zu achten und sich ggf. zu unterstützen. (...)«

Wenn ich sowas lese, komme ich mir komplett verarscht vor. Sicherheit ist doch kein Ratgeberthema, sondern staatliche Selbstverständlichkeit. Wie skurril derlei eigentlich ist, fällt mir immer erst im internationalen Vergleich auf. Man stelle sich vor, auf der Website der Polizei in Japan, Singapur oder Island stünde der Hinweis, man möge sich bitte zusammenschließen, aufeinander achten und im Zweifel Händchen halten. Das erinnert mich an meine Zeit im Kindergarten, beim Wanderausflug. Ernst gemeinte Sicherheitshinweise aus Deutschland taugen im Ausland längst schon als Kabarettvorlage. Und dann wundert man sich noch, warum die Menschen das Vertrauen in Behörden verlieren?

Hierzulande wird inzwischen gleich doppelte Selbstbeherrschung erwartet: Wir sollen uns nicht nur selbst schützen, indem wir bestimmte Orte meiden, aufmerksam

und vorsichtig sind. Wir sollen auch noch unser Unbehagen im Zaum halten. Wer sich unsicher fühlt, wird schnell als überempfindlich abgestempelt – nicht als jemand mit einem Problem, sondern als das Problem. Denn »es ist ja nur ein Gefühl«. Aber dieses Gefühl fällt nicht vom Himmel. Es speist sich aus Erfahrungen und Beobachtungen: aus dem, was Menschen selbst erleben, was sie sehen und wie ihr direktes Umfeld aussieht. Verdeckte Plätze, dunkle Unterführungen, verwahrloste Ecken machen ein mulmiges Gefühl, lange bevor etwas passiert. Menschen beginnen den Ort zu meiden und spätestens dann wird er tatsächlich unsicher. Hinzu kommen konkrete Vorfälle, die dieses Gefühl bestätigen und verstärken: alltägliche Belästigungen, Messerangriffe und Überfälle – häufig an Bahnhöfen oder bekannten Brennpunkten. Dazu treten schwere Gewalttaten und Terroranschläge, die das Sicherheitsgefühl ganzer Städte über Jahre hinweg erschüttern. Auf all das hat der Staat Einfluss. Er bestimmt die tatsächliche Sicherheitslage, indem er Kriminalität, Belästigung und Gefahr wirksam eindämmt. Und er prägt die Wahrnehmung, indem er den öffentlichen Raum sichtbar ordnet, pflegt und kontrolliert.

Umso irritierender ist die ständige Abwertung dieses Unbehagens als bloßes »Gefühl«. Als handle es sich um eine Art kollektive Einbildung, was da an vielen Bahnhöfen in Deutschland abgeht. Als müsse man den Menschen vor allem erklären, dass sie falsch fühlen. Dabei gilt, wie schon Kurt Tucholsky sagte: »Das Volk versteht das meiste falsch; aber es fühlt das meiste richtig«. Genau deshalb ärgert mich diese ständige Verschiebung auf das »Gefühl«. In der ZDF-Reportage »*Am Puls*« geht Dunja Hayali der Frage nach, ob Deutschland tatsächlich unsicherer geworden ist – oder ob es sich am Ende nur so anfühlt. Wie viel Bedrohung also objektiv messbar ist und wie viel auf Wahrnehmung, Erfahrung und Medienwirkung zurückgeht. Zu Wort kommt

dabei die Wissenschaftlerin Julia Ebner. Sie erklärt den Deutschen, dass auch die Medien ihren Anteil an der Verunsicherung hätten. Gewalt werde zu sehr aufgebauscht, heißt es sinngemäß.²⁰ Als Medienmensch kann ich dazu nur sagen: Das Gegenteil ist der Fall. Wenn in einer Redaktionskonferenz jemand das Thema Messergewalt einbringt, wird meist nur müde abgewinkt. Passiert zu oft. Nicht einmal mehr eine Meldung wert.

Für meine Recherchen bin ich Ende 2025 noch einmal nach Frankfurt am Main gefahren. Kaum aus dem Hauptbahnhof raus, ist dieses schwer zu erklärende Gefühl wieder da. Die Fachleute sagen »diffuse Unsicherheit«. Völlig wurscht, ob früher Morgen oder später Abend ist, ob Berufsverkehr oder gähnende Leere: Hier laufen einfach die seltsamsten Typen rum. Jetzt lieber nichts falsch machen. Die Taunusstraße hinunter, weiter in die Elbestraße, durch die Niddastraße und die Münchener Straße. Links wie rechts liegen Menschen auf dem mit Taubenkot überzogenen Boden. Ihre Haut ist fahl, fast grau, und übersät mit offenen, eitrigen Wunden, die durch die verunreinigten Drogen und das ständige Aufkratzen niemals heilen können. Manche haben sich Beine oder Arme mit schmutzigen Verbänden umwickelt, durch die bereits das Wundwasser sickert. Viele sind bis auf die Knochen abgemagert, ihre Gesichter eingefallen, die Augen starr oder völlig weggetreten. Wer dort auf dem Boden liegt, tut das oft in seinen eigenen Ausscheidungen, während direkt daneben die nächste Nadel gesetzt wird. Andere zünden sich auf offener Straße eine Crack-Pfeife nach der anderen an. Direkt daneben ziehen die Dealer völlig schamlos ihre Show ab: Plastiktütchen und speckige Geldscheine wechseln in Millisekunden den Besitzer. Durch das Bahnhofsviertel patrouillieren finster dreinblickende, teils zehnköpfige Männergruppen, die mich so unnachgiebig fixieren, bis ich den Blick senke. Ein Gefühl,

das einem die Nackenhaare aufstellt. Dazwischen die Schaufenster des Rotlichtmilieus: Laufhäuser, Bars, Spielhallen. Kriminalität, Drogen und Prostitution, dicht nebeneinander. All das gehört hier zum Straßenbild. Hier und da eine Gruppe von Beamten an der Ecke. Das Elend lässt man dennoch einfach laufen. Die inoffizielle Begründung lautet: Frankfurt könne froh sein, dass sich das Geschehen auf die Bahnhofsgegend konzentriere. So sei erstens nicht die ganze Stadt betroffen und zweitens lasse sich dort alles besser »kontrollieren«. Wenn DAS als kontrolliert gilt, dann ist Deutschland wirklich verloren.

In Diskussionen höre ich oft das beschwichtigende Argument, die Zustände in Frankfurt seien doch nichts Neues, das gäbe es alles schon seit 30 Jahren. Stimmt: Schon damals nannte man die Stadt fast schon verharmlosend »Drogenmetropole«, und auch Städte wie Duisburg sind nicht erst gestern gekippt, sondern befinden sich seit Jahrzehnten im freien Fall. Für mich macht das die Sache aber nicht besser, sondern nur noch erschreckender. Es ist schlimm genug, dass wir es in drei Jahrzehnten nicht geschafft haben, diese Probleme in den Griff zu bekommen. Noch katastrophaler ist jedoch, dass diese Entwicklung, die zwar seit 30 Jahren läuft, seit Mitte der 2010er-Jahre massiv an Fahrt aufgenommen hat. Rund um die großen Bahnhöfe und in den sozialen Brennpunkten melden Polizei und Medien eine neue Qualität der Gewalt, eine deutlich aggressivere Drogenszene sowie rasant steigende Kriminalitätsraten. In Frankfurt wird seit etwa 2015 rund um den Hauptbahnhof wieder häufiger von wachsender Gewalt, offenem Drogenkonsum und mehr Delikten berichtet.²¹ In Berlin gilt der Alexanderplatz als Paradebeispiel für diese Entwicklung: Dort hat sich die Lage in den vergangenen Jahren deutlich zugespitzt. Zwischen 2019 und 2024 hat sich die Zahl der gefährlichen Körperverletzungen am Alex

nahezu verdoppelt, und auch die Fälle, in denen mehrere Tatverdächtige gemeinsam auftreten, sind im gleichen Zeitraum um rund hundert Prozent gestiegen.²² Unter den Beschuldigten tauchen überdurchschnittlich häufig Menschen mit syrischer oder afghanischer Staatsangehörigkeit auf. Außerdem schießen neue Brennpunkte aus dem Boden – und zwar nicht nur bei den üblichen Verdächtigen unter den Großstädten. Schwerin zum Beispiel, eine überschaubare Landeshauptstadt, früher eher Kategorie »nett und langweilig«. Und plötzlich hat man dort Kriminalitätshotspots, rund um den Marienplatz zeigt sich das inzwischen ganz deutlich.²³

Oder Nürnberg: Insgesamt gilt die Stadt weiterhin als eine der sichersten in Deutschland. Neu ist allerdings, dass der dortige Hauptbahnhof inzwischen zu den gefährlichsten Bahnhöfen des Landes zählt – obwohl er weder zu den größten noch zu den am stärksten frequentierten gehört.²⁴ Auch Hannover rangierte lange nicht unter den Städten, die man als hoffnungslose Fälle abgestempelt hat: wirtschaftlich solide, gute Infrastruktur, eine ziemlich typische mittelgroße deutsche Großstadt. Trotzdem sind die Veränderungen inzwischen deutlich spürbar. In der Innenstadt geben heute nur noch rund 14 Prozent der Befragten an, dass sie sich abends oder nachts dort sicher fühlen²⁵ – deutlich weniger als noch 2018. Auch in Bayern, das beim Thema Sicherheit lange als unproblematisch galt, zeigen sich Risse im Bild – selbst in München, das regelmäßig zu den sichersten Großstädten Europas gezählt wird. Besonders deutlich wird das am Alten Botanischen Garten vis-à-vis des Bayerischen Justizministeriums: Dort stieg die Zahl der registrierten Delikte von 299 Fällen im Jahr 2019 auf 936 im Jahr 2023, aktuellere Zahlen veröffentlicht die Stadt bislang nicht. Die gefährlichen Körperverletzungen legten in diesem Zeitraum um fast 600 Prozent zu.²⁶ Erfurt mischt plötzlich auch ganz

vorne mit. Die thüringische Landeshauptstadt landet mit 27.224 angezeigten Straftaten und rund 12.623 Delikten pro 100.000 Einwohner direkt auf Platz fünf der gefährlichsten Städte – im Jahr davor kam sie in dieser Spitzengruppe noch gar nicht vor.²⁷ Warum macht der Staat da nix gegen? Versprochen, dazu komme ich noch. Darum geht's hier ja: Warum sich die eigene Stadt unsicher anfühlt – und was man dagegen tun könnte.

Aber zuerst muss ich zeigen, dass die Lage wirklich so ist, wie ich sie beschreibe. Wenn dieses Fundament wackelt, kann man alles, was ich danach schreibe, einfach abräumen. Wären wir jetzt in einer Talkshow, käme genau hier die Gegenrede: Man müsse das alles »geordnet und ruhig« betrachten, heißt es dann, die Kriminalität in Deutschland sei gesunken, alles halb so wild. Die Bundesrepublik sei ein sicheres Land, die Deutschen dagegen ein besonders ängstliches, negatives Volk, das gern alles schwarzmalte. Ausländer würden generell auch viel eher angezeigt als Deutsche, das verzerre das Bild und lasse die Lage dramatischer wirken, als sie tatsächlich sei. Ich kann das schon auswendig mitsprechen, so oft läuft genau diese Choreografie ab.

Das Argument, die Kriminalität sei insgesamt gesunken, ist ein klassischer statistischer Trugschluss. Zwar weist die Polizeiliche Kriminalstatistik 2025 mit rund 5,5 Millionen Fällen einen Rückgang von 5,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr²⁸ aus, doch dieser Wert ist eine Mogelpackung: Er wirft Ladendiebstahl und Schwarzfahren mit schwerster Gewalt in einen Topf. Denn während die Gesamtkriminalität 2025 statistisch gesunken ist, verharren die Gewaltdelikte mit rund 212.300 Fällen auf einem besorgniserregenden Niveau – das sind etwa 17 Prozent mehr als noch im Vor-Corona-Jahr 2019.²⁹ Um die schiere Wucht dieser Zahlen zu begreifen, hilft ein Vergleich: Pro Jahr wird in Deutschland